

Statement

Elke Hannack

stellvertretende DGB-Vorsitzende

Pressekonferenz zur Veröffentlichung der Corona-Ausbildungsstudie 2021

am 25.08.2021 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!



Sehr geehrte Damen und Herren,

die duale Ausbildung steht unter Druck. Schon vor Corona haben weniger als 20 Prozent der Betriebe ausgebildet. Pandemiebedingt erleben wir nun neue Negativrekorde auf dem Ausbildungsmarkt. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist 2020 erstmals seit Erfassung der Statistik unter die 500.000er-Marke gefallen – ein historischer Negativrekord. Das können wir – das kann und darf sich dieses Land aber nicht leisten. Denn die duale Ausbildung ist ein Eckpfeiler für den Erfolg der Wirtschaft hierzulande. Wenn es hier, bei der dualen Ausbildung, Mängel gibt, dann hat das nicht nur Folgen für die Fachkräfteentwicklung. Wenn immer mehr Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden, dann gefährdet das letztlich auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Im Juli dieses Jahres waren noch 31 Prozent der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber ohne Ausbildungsplatz. Das sind fast 130.000 (127.000) Jugendliche! Und dieses Bild ist noch nicht einmal vollständig: Denn viele junge Menschen halten sich zurück und melden sich gar nicht erst bei den Arbeitsagenturen. Sie fehlen in der Statistik der Arbeitsagenturen. Sie werden nicht als ausbildungsplatzsuchend mitgezählt.

Manche dieser jungen Menschen werden im nächsten Jahr versuchen, einen Ausbildungsplatz zu finden. Andere von ihnen landen im schlechtesten Fall in der Ausbildungslosigkeit. Insgesamt 2,16 Millionen junge Menschen im Alter von 20 bis 34 Jahren sind ohne abgeschlossene Ausbildung. Sie befinden sich auch nicht in einer Ausbildung, einem Studium, einem Freiwilligendienst oder einer sonstigen Bildungsmaßnahme. Was dies für die persönliche Lebenssituation bedeutet, ist klar: Es bedeutet Niedriglohn, prekäre Beschäftigung, sozialer Abstieg. Die Folgen für unser Land, unsere Demokratie, sind fatal.

Besonders schwerwiegend ist, dass die Zahl der angebotenen betrieblichen Ausbildungsplätze ebenso rückläufig ist, wie die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber.

Dabei ist Lage von Branche zu Branche sehr unterschiedlich. Ein Rückgang an angebotenen Ausbildungsplätzen ist sehr deutlich sichtbar in Ausbildungsberufen bei Unternehmen, die vom Corona-Lockdown besonders betroffen waren. Das gilt für nichtmedizinische Gesundheitsberufe, die Körperpflege (z. B. Friseur/-innen), den Tourismus oder den Hotel- und Gaststättenbereich. Und es betrifft Berufe in der Lebensmittelherstellung und -verarbeitung, wie z. B. Köche/Köchinnen.

Überdurchschnittlich weniger betriebliche Ausbildungsstellen wurden auch gemeldet im Bereich der Finanzdienstleistungen und Steuerberatung (Bankkaufleute, Steuerfachangestellte). Deutlich weniger Stellenmeldungen verzeichnen bislang aber auch z. B. technische Berufe (wie Technische Produktdesigner/-innen, Kfz-Mechatroniker/-innen oder Industriemechaniker/-innen und andere Metallberufe). Hier schlagen sich neben Corona auch die aktuellen Transformationsprozesse nieder.

Insgesamt haben die Arbeitgeber der Arbeitsagentur und den Jobcentern bis Ende Juli 14.400 weniger freie Ausbildungsstellen gemeldet als im Vorjahreszeitraum (-3 Prozent). Damit setzt sich der bereits im Vorjahreszeitraum begonnene Rückgang (im Juli 2020 -8 Prozent) in diesem Jahr fort. Eine massive Erholung des Ausbildungsmarktes, die den Verlust kompensieren könnte, ist aus unserer Sicht und auch aus der Erfahrung der letzten Krise (Finanzkrise 2008/9) nicht realistisch.

Die Folge ist ein Substanzverlust in der dualen Berufsausbildung. Wie eingangs erwähnt, sank die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2020 erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik unter die 500.000er Marke. Dies entsprach einem Minus von 47.600 Verträgen bzw. einem Minus von 9,3 Prozent im Vergleich zu 2019. Die Bundesagentur berichtet aktuell (Juli 2021) ebenfalls von weniger Ausbildungsverträgen. Endgültiger Stichtag ist allerdings der 30. September. Bis dahin ist der Ausbildungsmarkt noch in Bewegung.

DGB und DGB-Jugend haben schon früh auf die dunklen Wolken am Ausbildungshorizont hingewiesen und sich mit Beginn der Pandemie für einen Schutzschirm für Ausbildung eingesetzt. Mit Erfolg: Die Politik hat das Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ aufgelegt, um kurzfristige Krisenfolgen abzuwenden. Langfristig sichert es jedoch die Zukunft der dualen Ausbildung und der jungen Menschen nicht.

Dafür sind strukturverändernde Maßnahmen notwendig: Wir fordern einen solidarisch finanzierten Zukunftsfonds, der durch eine gesetzliche Ausbildungsgarantie flankiert wird. Unser Ziel ist es, Ausbildung für all diejenigen zu ermöglichen, die einen Ausbildungsplatz suchen. Mit dem Zukunftsfonds wird das System der dualen Berufsausbildung gestärkt und neue betriebliche Ausbildungsplätze werden gefördert. Das wollen wir dadurch erreichen, dass Betriebe die ausbilden, einen finanziellen Ausgleich für ihr Ausbildungsengagement erhalten – und zwar aus einem Topf, nennen wir ihn Zukunftsfonds, in den alle Betriebe einzahlen. Das wiederum ist auch ein Anreiz für nicht-ausbildende Betriebe, sich an der dualen Berufsausbildung zu beteiligen.

Darüber hinaus soll durch diesen Zukunftsfonds eine leistungsfähige Bildungsinfrastruktur, nämlich überbetriebliche Bildungszentren (Verbund- und Auftragsausbildung) finanziert werden. Dies kommt vor allem denjenigen Betrieben zugute, die Schwierigkeiten haben, selbst auszubilden oder sich gar nicht erst auf diesen Weg trauen.

Auch die Qualifizierung des Ausbildungspersonals kann aus diesem Fonds gefördert werden. Ohne Ausbilder keine Ausbildung – auch so lässt sich letztlich die Zahl der ausbildungsfähigen Betriebe erhöhen.

Dass ein solches Umlagesystem funktioniert, zeigt übrigens das Baugewerbe. Hier gibt es bereits positive Effekte auf die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe. Das System ist anerkannt – selbst die Arbeitgeber im Baugewerbe bewerten ihr Umlagesystem als gut.

Mit dem Zukunftsfonds unmittelbar verbunden ist eine gesetzlich garantierte Ausbildungsgarantie. Sie ist der zweite wichtige Grundpfeiler unseres Vorschlags. Die erste Stufe der Garantie sieht eine Vorbereitungs- und Orientierungsphase für Ausbildungsplatzsuchende vor, die mit einer Vermittlungsphase in eine reguläre betriebliche Ausbildung einhergeht.

Sollte die Vermittlung nicht gelingen, folgt in der zweiten Stufe eine Vermittlung in einen betrieblichen Ausbildungsplatz im Rahmen eines Verbundmodells.

Wenn auch dies nicht gelingt, tritt eine allerletzte Haltelinie in Kraft, um den gesetzlichen Anspruch auf einen Ausbildungsplatz zu gewährleisten: Dann erhält der/die Jugendliche ein Angebot für eine Ausbildung bei einem außerbetrieblichen Träger.



Mit diesen drei Garantiestufen wird allen Ausbildungsplatzsuchenden der Einstieg in eine anerkannte vollqualifizierende Ausbildung garantiert.

Das bringt Sicherheit und Perspektive für die Jugend. Priorität hat dabei immer eine betriebliche Ausbildung. Der Blick nach Österreich beweist: Wenn der politische Wille da ist, kann es auch eine gesetzliche Ausbildungsgarantie geben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Nun muss die Politik handeln. Wir haben den Parteien bereits mit auf den Weg gegeben, dass wir ein „weiter so“ nach der Bundestagswahl nicht zulassen. Die jungen Menschen können sich sicher sein: Wir setzen uns für jeden Ausbildungsplatz ein! Wir wollen die umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie! Sie ist ein Muss für jeden neuen Koalitionsvertrag.

Nun aber zu den Ergebnissen unserer Sonderstudie...